

V-13 Rechtsruck stoppen – Zivilgesellschaft stärken!

Antragsteller*in: Jonas Graeber, Ricarda Lang, Daniela
Ehlers, Sebastian Hansen, Anne
Steuernagel, Georg Kurz, Niklas Wagener
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Das Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist in
2 Deutschland an vielen Stellen für die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen
3 Organisationen zuständig. Organisationen, die unschätzbar wichtige Arbeit für
4 die Gesellschaft leisten, aber nicht von alleine überleben können, werden hier
5 gefördert.

6 Vor kurzem haben das BMFSFJ und das Finanzministerium nun entschieden, in der
7 kommenden Förderperiode die Mittel zu kürzen, die Förderstruktur zu verändern
8 und insgesamt deutlich weniger Organisationen zu unterstützen. Damit ziehen die
9 Ministerien vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen den Boden unter den Füßen
10 weg – ein offener Schlag ins Gesicht von Exit, Amadeu Antonio Stiftung und vielen
11 Weiteren. Und angesichts des massiven Rechtsrucks ist das auch eine
12 unverantwortliche Sabotage von und Ignoranz gegenüber allen, die sich aktiv
13 gegen Nazis einsetzen, und Personen, die von rechter Gewalt betroffen sind.

14 Organisationen, die seit Jahren Nazis den Ausstieg aus der Szene ermöglichen.
15 Organisationen, die präventiv mit vielen Jugendlichen arbeiten, um das Erkennen
16 von nationalistischen und rassistischen Argumentationen zu ermöglichen sowie das
17 Abrutschen in Nazi-Strukturen zu verhindern. Organisationen, die messerscharfe
18 wissenschaftliche Analysen zur Entwicklung von Nationalismus, Rassismus und
19 Antisemitismus in Deutschland erstellen. Kurzum – Der Staat hat bisher diese
20 zentralen Aufgaben, vor allem über das „Demokratie leben“-Projekt, an
21 zivilgesellschaftliche Organisationen ausgelagert. Und weigert sich nun, die
22 Erfüllung dieser übernommenen Aufgaben angemessen zu finanzieren.

23 Die ersten Folgen davon sind bereits sichtbar. So berichtet die
24 Aussteiger*innen-Hilfe Exit, dass sie die bereits betreuten Personen noch
25 „abwickeln“ könne, diese durch das abrupte Ende der Förderung aber völlig allein
26 gelassen werden und dadurch in Gefahr geraten.

27 Zwar hat das BMFSFJ nach einem heftigen Aufschrei jetzt vorerst zugesagt, die

28 betroffenen Organisationen zumindest im nächsten Jahr weiter zu finanzieren. Was
29 danach kommt, ist allerdings völlig unklar. Deswegen bedarf es jetzt einer
30 grundlegenden strategischen Neuausrichtung, anstatt die alten Fehler zu
31 wiederholen. Denn das Festhalten des BMFSFJ an der neuen Förderstruktur ist
32 wesentlich daran Schuld, dass viele Organisationen leer ausgehen sollten. Die
33 Beschränkung auf 100 Modellprojekte und 14 Kompetenzzentren hat zu einem Rückzug
34 aus der Fläche geführt. Es wurden unnötig Mittel verschwendet, dadurch, dass
35 zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander konkurrieren mussten. Außerdem
36 hat die Modellprojekt-Struktur dazu geführt, dass erfolgreiche Projekte sich in
37 der aktuellen Form nicht einfach wieder bewerben konnten, sondern neue und
38 andere Wege gehen mussten, um weiterhin förderfähig zu sein – völlig absurd bei
39 gut funktionierenden Projekten. Ebenso kritisieren wir die völlig willkürliche
40 Vermischung von Prävention und Deradikalisierung scharf. Von vormals in der
41 präventiven Jugendarbeit tätigen Organisationen zu verlangen, nun auf einmal mit
42 Aussteiger*innen zu arbeiten, die Jahrzehnte in der Nazi-Szene aktiv waren,
43 gefährdet die Prävention massiv und reißt jahrelange Aufbauarbeit ein.

44 Deshalb fordern wir:

- 45 - Das BMFSFJ muss jetzt sofort gegensteuern, bevor es zu spät ist. Eine
46 umfassende Aufstockung der Mittel ist dringend erforderlich. Im zweiten Schritt
47 bedarf es einer problemorientierten Verteilung dieser Mittel. Projekte, die
48 direkt mit Aussteiger*innen arbeiten, sind hier an die erste Stelle zu setzen.
- 49 - Erfolgreiche Projekte, entweder der Deradikalisierung oder der
50 Präventionsarbeit, dürfen durch ein Fördermodell nicht gezwungen werden, an den
51 fundamentalen Stützen ihres eigenen Erfolges zu sägen, indem sie sich für die
52 erneute Beantragung von Fördermitteln unnötig neue Konzepte ausarbeiten müssen.
- 53 - Alle Bundestagsabgeordneten müssen sich dringend für eine Aufstockung und
54 Neuverteilung der Mittel einsetzen. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten von
55 Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, gegen den Bundeshaushalt 2020 zu stimmen, sollte
56 die Verteilung der „Demokratie leben“-Mittel entgegen der Ankündigung des
57 Ministeriums entlang des ursprünglichen Vorschlags bestehen bleiben.
- 58 - Die Bundesländer müssen, sollte die Finanzierung durch den Bundeshaushalt
59 nicht sichergestellt werden, die Finanzierungslücken durch ihre Landeshaushalte
60 auffangen, um so zumindest die schwerwiegendsten Folgen etwas abzuschwächen.
- 61 - Sowohl für Deradikalisierungsarbeit, als auch für Präventionsarbeit müssen
62 genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Diese Bereiche dürfen nicht
63 miteinander vermischt, vor allem aber nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Begründung

erfolgt mündlich.